

Schulentwicklung:

Ergebnisse des GEW-Fachtages



Am 5. Mai waren etwa 120 KollegInnen in das Konsul-Hackeld-Haus gekommen, um über die Perspektiven des Bremer Schulsystems zu diskutieren.

Eine lange Geschichte ...

Im Einleitungsreferat schilderte Prof. Klaus-Jürgen Tillmann (Uni Bielefeld) die 200jährige Geschichte der erfolglosen Versuche, in Deutschland ein einheitliches, demokratisches Bildungswesen durchzusetzen; angefangen vom Litauischen Schulplan Wilhelm von Humboldts (1809) bis hin zum Strukturplan des Deutschen Bildungsrats in den 70er Jahren. Der einzige durchgreifende Erfolg war dabei die Einrichtung der gemeinsamen vierjährigen Grundschule zu Beginn der Weimarer Republik. Alle anderen „Zeitfenster“ wurden nicht genutzt, auch nicht die PISA-Diskussion nach 2001. So ist es in keiner Phase in Deutschland bisher gelungen, die enge Verknüpfung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufzulösen.

Die Illusion der Homogenität

Ausführlich setzte sich Tillmann mit der Ausrichtung des gegliederten Schulsystems auf homogene Lerngruppen auseinander. „Vom ersten Schultag an greifen in unserem Schulsystem institutionelle Maßnahmen, die auf die Sicherung einer fiktiven Homogenität ausgerichtet sind. Die meisten dieser Maßnahmen funktionieren als Ausschluss der jeweils Leistungsschwächeren. Produziert werden damit Erfahrungen des Versagens, des Nichtkönnens, des Ausgeschlossenwerdens – und dies in einem Ausmaß wie wohl in keinem anderen Schulsystem der Welt.“ Eine Abkehr von diesem System hat sowohl strukturelle Veränderungen als auch Veränderungen in den einzelnen Lerngruppen zur Voraussetzung. Dabei betonte er, dass die Umstellung auf das Lehren in heterogenen Lerngruppen nur mit der Hilfe umfangreicher Unterstützungssysteme realisiert werden kann.

Angesichts der dramatischen Lage der Hauptschule plädierte er für deren schnelle Abschaffung. Das Zwei-Säulen-Modell ist für ihn in diesem Zusammenhang das kleinere Übel, das nur dann nicht in eine neue Sackgasse führt, wenn sich zwei wirklich gleichwertige Schularten gegenüber stehen. Auf Nachfrage zeigte er am Beispiel Wiens (75% Gymnasium, 25% „Restschule“), dass auch dieses Modell mittelfristige Gefahren der sozialen Entmischung beinhaltet.

Regionale Arbeitsgruppen

In den AG's wurde die Lage in den Regionen der Stadtgemeinde Bremen analysiert. Es wurde deutlich, dass nach der Ankündigung eines neuen Schulgesetzes eine teilweise hektische Betriebsamkeit von Einzelschulen und Interessengruppen eingesetzt hat, um die eigene Position in einer sich verändernden Schullandschaft zu behaupten. Die vorliegenden Eingaben an den Fachausschuss und die Senatorin sind höchst widersprüchlich. Es gibt eine allgemeine Verunsicherung.

Unter den VertreterInnen derjenigen Schulen, die schon heute unter ungünstigen sozialen Voraussetzungen arbeiten, dominiert die Befürchtung, dass ein Zwei-Säulen-Modell die soziale Entmischung nicht stoppen wird. Als Alternative wurde es gesehen, integrierte Modelle mit starkem regionalen Bezug aufzubauen bzw. zu stärken. Hierzu aus der AG West:

„Dazu sind vielfältige Unterstützungsmaßnahmen für die öffentlichen Schulen im Stadtteil nötig. Diese konnten in der gegebenen Zeit nur beispielhaft andiskutiert werden als da wären:

- Mehr Investitionen im Bereich veränderte Unterrichtsmethoden, dies erfordert allerdings mehr Ressourcen materieller Art und geht weit über eine Forderung nach mehr Fortbildungsangeboten hinaus.
- Statt Schulen mit hohem Ausländeranteil als Problemschulen anzusehen, gilt es in diesem Bereich diese Schulen so zu stärken und attraktiv zu machen, dass die Akzeptanz einer solchen "multikulturellen Schule" erhöht wird.
- Sprachförderung auch schon vor der Schule sowie als durchgängiges System während der Schullaufbahn muss eines der Hauptschwerpunkte der Unterstützungsangebote werden. Hier werden wesentlich mehr Anstrengungen von der Senatorin erwartet.

Der bauliche Zustand in einigen Schulen muss den Erfordernissen einer modernen Schule entsprechen.“

Die Pläne der Senatorin

Im dritten Teil des Fachtages gab es die Möglichkeit zu einer ausführlichen Diskussion mit der Bildungssenatorin. Wenige Tage vorher hatte sie der Presse ihr Zwei-Säulen-Modell vorgestellt, das eigentlich ein 1 ½ - Säulen-Modell ist. Die acht bestehenden isolierten Gymnasien sollen mit dem Abitur nach 12 Jahren weiter geführt werden, alle anderen gut 30 Sek. I – Schulen sollen als „Oberschulen“ das Abitur nach 13 Jahren anbieten. Damit besuchten dann – so die Senatorin – ca. 75% der SchülerInnen eine integrierte Schule.

In den Diskussionsbeiträgen aus dem Plenum wurde aufgezeigt, dass viele – und wahrscheinlich entscheidende – Probleme mit dem Entwurf eines solchen Modells nicht gelöst sind. Sowohl die Frage nach den für eine verstärkte Integration zur Verfügung gestellten Ressourcen als auch die nach der Priorität des Wohnortes bei der Aufnahme in eine weiterführende Schule wurden nicht abschließend geklärt. Die Veranstaltung endete mit dem gegenseitigen Versprechen, in der Diskussion zu bleiben. Die GEW-Vorbereitungsgruppe hat sich nach dem Fachtag wieder getroffen und schlägt vor, nach den Sommerferien weitere Treffen in den Regionen durchzuführen.

Jürgen Burger